

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923**

1.2.1923 (No. 31)

**Wagnispreis:**  
in Paris 200,-; in un-  
serer Geschäftsstelle und in  
unseren Ausgabestellen ab-  
geholt monatlich 1950,-,  
bei sonstiger Bestellung monat-  
lich 2100,-.  
auswärts: durch un-  
seren Agenturen bezogen  
2100,-; durch die Post  
ausgehend, Zuteilungsausschub  
2100,- monatlich.  
Einzelverkaufspreis: 80 M.  
Verlag, Schriftleitung und  
Geschäftsstelle Mittelstraße 1,  
Postfach Nr. 9547  
Karlsruhe.

# Karlsruher Tagblatt

**Anzeigen:**  
die gewöhnliche Nonpareilgröße  
oder deren Raum 190,-; an-  
sonstige 250,-; Familien-  
angelegenheiten und Stellen-  
angebote 120,-; Reklam-  
stellen 700,-; an erster  
Stelle 800,-.  
Abkündigung nach 3 Tagen  
Anzeigenannahme bis 11 Uhr  
mittags; kleinere Anzeigen  
spätestens bis 6 Uhr nachm.  
Fernsprechnummern:  
Geschäftsstelle Nr. 203,  
Verlag Nr. 21 und 207,  
Schriftleitung Nr. 20  
Danwirtschaffler Nr. 19.

**Badische Morgenzeitung**

Mit der Wochenschrift  
**„Die Pyramide“**

**Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Geschäftsführer: Hermann v. Paer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl  
Joho; für Literatur: Heinrich Scharver, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag G. B. Müller, Karlsruhe, Mittelstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard Süßler, Berlin-Kantow, Mosartstr. 37, Telefon-Zentrum 428.  
Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg.

Donnerstag, den 1. Februar 1923

Nr. 31.

## Die Beschlagnahme der Pfalzbahnen mißlungen.

### Wahrheiten.

Das Verhalten des Siegers nach dem Frieden ist der Gradmesser seiner Kultur und die Beschimpfung des Besiegten beweist nichts anderes, als die Unwürdigkeit des Siegers.

Rittl.

### Die Wegnahme der Pfalzbahnen mißlungen.

Ludwigshafen, 31. Jan. (Drahtber.) Dem Präsidenten der hiesigen Reichsbankdirektion wurde gestern durch die Besatzungsbehörde die Ausübung seines Amtes untersagt und gleichzeitig ein Requisitionsbefehl vorgelegt des Inhaltes, daß das gesamte Personal der Direktion sich unter schriftlich verpflichten solle, den Befehlen des französischen Generals unbedingt Folge zu leisten. Das Personal der Bahndirektion hat jedoch das Ansuchen einmütig abgelehnt und sofort den Dienst eingestellt.

Am Nachmittag verlangten die Vertreter der Organisationen von den Franzosen die Wiedereinsetzung des Präsidenten und der Beamten der Direktion, die Zurücknahme des Requisitionsbefehles und die Zurücknahme der militärischen Wachen von den Bahnanlagen. Diesen Forderungen ist heute morgen von der Besatzungsbehörde entsprochen worden mit der Erklärung, das Personal könne unter den alten Bedingungen weiter arbeiten. Das Personal ist von den zuständigen Stellen und von den Organisationsvertretern aufgefordert worden, den Dienst nur nach den Befehlen der deutschen Regierung weiter zu versehen.

In gleicher Weise haben sich auch die Vorgänge auf den übrigen pfälzischen Bahnen abgespielt. Infolge des geschlossenen Widerstandes der Eisenbahner wurden überall die französischen Truppen auf den Bahnhöfen zurückgelassen.

\*

### Ein wehler Raub im Mannheimer Hafen.

Mannheim, 31. Jan. (Drahtber.) Wie W.L.B. berichtet, sind heute morgen um 11 Uhr französische Truppen per Schiff von Ludwigshafen kommend in den Hafen von Mannheim im Rhein eingedrungen, wo sie einen der Firma Gutzahn in Mannheim gehörenden Windkranen beschlagnahmten und nach Ludwigshafen schleppten.

### Die Ausweisungen.

Düsseldorf, 31. Jan. Die Besatzungsbehörden wollen in derselben Weise wie gegen alle führenden Amtspersonen, auch gegen die Gewerkschaftler vorgehen, wenn die Arbeiterschaft weiter bei ihrer passiven Resistenz beharrt. Der Anfang mit der Ausweisung von Gewerkschaftlern ist bereits gemacht. In Essen wurde der Vertrauensmann des Verbands der Eisenbahner aus dem Verbandsrat ausgeschieden. An anderen Stellen sind Vertrauenspersonen der Gewerkschaften, die sich an der Demonstration des passiven Widerstandes beteiligten, aus ihrem Heimatlande gewaltsam entfernt worden.

Düsseldorf, 31. Jan. Der Leiter des Zollamtes Huberius in Düsseldorf, Zollrat Busse, ist verhaftet worden. Das Zollamt Düsseldorf wurde besetzt. Oberregierungsrat Sembach und Regierungsrat Van den Financianten werden verhaftet werden. Nachdem sie unter entwürdigenden Umständen eine Nacht im Gefängnis verbracht hatten, erfolgte ihre Ausweisung.

Essen, 31. Jan. Regierungsrat Vertich, der an Stelle von Oberregierungsrat Vener die Leitung des Ausfuhramtes übernommen hatte, ist verhaftet und ausgewiesen worden. Ferner sind ausgewiesen worden Vizepräsident Bräde, Vizepräsident Schalbr und Referendar Gendert. Sämtliche Angestellten, etwa 600, haben die Arbeit niedergelassen. Alle wurden beim Verlassen des Amtes aufs genaueste untersucht. Auch waren Maschinenengewehre aufgefunden. Eine große Menschenmenge hatte sich in der Nähe des Ausfuhramtes angesammelt und empfing die Angestellten mit feindlichen Beifallsbekundungen. Nur zwei weibliche Angestellte haben sich bereit erklärt, weiter arbeiten zu wollen und sich unter französischem Schutz zu geben.

### Französische Kommissare im Landtag.

Karlsruhe, 31. Jan. Der Badische Landtag ist gestern nachmittags 1/4 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten. Zum allgemeinen Erstaunen wurde festgestellt, daß in der sogenannten Diplomatenloge zwei Mitglieder der in Karlsruhe stationierten französischen Kontrollkommission saßen. Das Interesse, das diese Herren den Sitzungen des Badischen Landtags entgegenbringen, kann schließlich gleichgültig sein. Die Sitzungen sind öffentlich, auch Nichtdeutsche haben Zutritt. Und wenn die Herren gern abgesehen von dem übrigen Publikum zu sitzen wünschen, so ist dagegen auch nichts zu sagen. Aber auffallend ist es, daß die beiden Franzosen gerade jetzt so große Lust verspüren, unsere Landboten reden zu hören, gerade in den Tagen, in denen in jedem Deutschen beim Anblick eines Franzosen nicht gerade die herzlichsten Gefühle entstehen.

Ueber die Sitzung erhalten wir folgenden Bericht: Die um 4 Uhr von dem Präsidenten Wittmann eröffnete Sitzung war stark besucht. Auch die Tribünen waren gut besetzt.

In einer der Logen hatten zwei Mitglieder der Entente-Kommission Platz genommen.

Das gab Abg. D. Mayer (D.N.) Veranlassung, an den Präsidenten die Anfrage zu richten, ob es richtig sei, daß zu dem auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwurf über das Polizeigewehr zwei Mitglieder der in Karlsruhe weilenden Entente-Kommission anwesend sein würden. Präsident Wittmann erklärte:

Wir wurden gebeten, für zwei Mitglieder der französischen Kommission zwei Eintrittskarten für die Logen bereitzustellen. Das habe ich getan und zwar wurden zwei Karten für die Logen. Diplomatenloge ausgegeben. Da die Verhandlungen öffentlich sind, ist das selbstverständlich; die Tribünen sind auch jedermann zugänglich. Zudem hat die Entente-Kommission eine gewisse diplomatische Bedeutung.

Abg. Weber (D.N.): Wir bezweifeln, daß diese Kommission diplomatischen Charakter hat (Zustimmung).

Abg. D. Mayer (D.N.): Die Erklärung des Herrn Präsidenten hat uns nicht befriedigt. Wir werden bei den nachfolgenden Verhandlungen nicht teilnehmen, sondern den Saal verlassen. Ich bitte den Herrn Berichterstatter darin keine Mißachtung seiner Arbeit zu sehen.

Die Mitglieder der deutschen nationalen Fraktion verlassen hierauf den Saal, desgleichen die Mitglieder des Landtags und mehrere Abgeordnete der Deutschen Volkspartei.

Darauf wurde in die Beratung nach der vorgezeichneten Tagesordnung eingetreten, worüber wir an anderer Stelle unterrichten.

### Die Verkehrszerrüttung.

Bingen, 31. Jan. Da die Bahnstrecke von Bingen und Bingerbrück gestern nachmittags militärisch besetzt wurden, habend in Eisenbahnen die Arbeit eingestellt, so daß jeder Verkehr ruht.

Wiesbaden, 31. Jan. Gestern nachmittags wurde der Hauptbahnhof militärisch besetzt. Französische Truppen und die Wiesbadener Polizei sperren die Zugänge zu den Hallen. Die Züge von außerhalb, die noch einlaufen, wurden nicht mehr weitergeleitet. Jeder Verkehr ruht.

Mainz, 31. Jan. Hier ruht der Eisenbahnverkehr vollständig. Die Franzosen und Belgier versuchen, den Bahnverkehr einzurichten.

Frankfurt, 31. Jan. Infolge des Eingriffs der Besatzung in den Gesamtverkehr nach und nach Mainz ist dieser geipert.

Berlin, 31. Jan. Einer Meldung des „Berl. Tagblatt“ aus Frankfurt a. M. zufolge, dauert der Eisenbahnverkehr im Direktionsbezirk Mainz an. Der gesamte Personenverkehr ist unterbunden. Ein Automobilverkehr zwischen Mainz und Frankfurt und Mainz und Wiesbaden ist hergestellt. In Mainz ziehen französische Patrouillen mit aufgefälltem Bajonett durch die Straßen der Stadt und nehmen zahlreiche Verhaftungen vor. Trotz der Drohung der französischen Behörden, die Dienstverweigerer vor ein Kriegsgericht zu stellen, hat sich bisher kein Beamter und Arbeiter zum Dienstantritt gemeldet.

Nach einer Meldung des „Totalanzeigers“ aus Duisburg ist es bisher weder den französischen Genietruppen noch den Eisenbahnern gelungen, die Lokomotiven auf dem besetzten Bahnhof in Gang zu bringen. Eine Lokomotive nach der andere verläßt den Dienst und immer neue Lokomotiven werden aus dem Bahnhof Wedau geholt. Darauf brachten die deutschen Eisen-

bahner die noch unversehrten Lokomotiven ins unbesetzte Gebiet in Sicherheit. Die Lokomotiven feht überall. Die deutschen Eisenbahner haben die Maschinen noch in letzter Minute in das unbesetzte Gebiet abgefahren. Selbst wenn das französische Bahnpersonal den Betrieb zu übernehmen veruchen wird, werden ihnen Lokomotiven fehlen.

Essen, 31. Jan. Der gestern in der Reichsbahndirektion verhaftete Direktionspräsident Jahn und der gleichfalls festgenommene Oberbaurat Pusch sind mit Auto weggebracht und vor Rindingshausen ausgehakt worden. Um 3 Uhr wurde durch die Besatzungsbehörde das Gebäude der Reichsbahndirektion gesperrt. Es durften alle Beamten in das Gebäude hinein; von dort werden sie aber nicht mehr herausgelassen. Seit 6 Uhr abends werden auch keine Personen mehr in das Gebäude gelassen. Innerhalb desselben steht man Patrouillen zu je 6 Mann mit aufgefälltem Seitengewehr. Verhaftet sind bis jetzt Oberregierungsrat Nechrich, der die Vertretung des Präsidenten übernommen hatte, ferner Oberbaurat Bergmann und Baurat Gräwe. Vor den Amtszimmern des Oberregierungsrates Breuer und des Oberbaurates Vorath sowie des Regierungrates Wener sind Doppelposten aufgezogen, um auch diese Herren zu verhaften; sie waren aber nicht anwesend.

### Neue Truppen.

Berlin, 31. Jan. Das „Berl. Tageblatt“ meldet aus Düsseldorf, daß dort bedeutende Truppenvermehrungen eingetroffen sind. Alle Kasernen sind mit neuen Truppen besetzt. Es sind auch zahlreiche französische Telegraphenbeamten eingetroffen.

### Ein französisches Ultimatum?

London, 31. Jan. (Eig. Drahtber.) Londoner Zeitungen zufolge wird die französische Regierung noch heute ein Ultimatum an die deutsche Regierung senden, worin diese aufgefordert wird, ihren Widerstand gegen die Besatzungsbehörden aufzugeben, andernfalls die verschärfsten Sanktionen durchgeführt werden, von denen in den letzten Tagen die Rede gewesen sei, und zwar vor allen Dingen die Errichtung einer Zollsperre zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland. (In späterer Abendstunde war bei der Reichsregierung keine derartige Note eingetroffen.)

### Neue Wendung der europäischen Politik.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns gemeldet:

Die große europäische Politik, die seit dem 11. Januar, dem ersten Tag des Ruhrreinmarsches, ganz im Zeichen des französischen Vorstoßes gegen Deutschland stand, ist durch ein unerwartetes Moment erheblich beeinflusst und teilweise aus der bisherigen Bahn gedrängt worden. Der Streit um den Orient, um Konstantinopel und die Meerengen, ist in neuer Form und allem Anschein nach mit verheerender Kraft wieder aufgeflammt. Die enge Verbindung, in der diese neue höchst bedrohliche Erscheinung mit der französischen Ruhraktion steht, muß uns veranlassen, ihr unsere besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Seit Wochen plätscherten die Verhandlungen der Konferenz von Lausanne dahin. Angesichts der Unnahelbarkeit der türkischen Delegation, deren Widerstand durch russische Versprechungen noch vertieft wurde, hatten die Alliierten eine Einheitsfront gebildet und in einer Art von Abkommen, das vor etwa 10 Tagen beschlossen wurde, den vor wenigen Tagen veröffentlichten Entwurf eines Friedensvertrages aufgestellt, der jetzt den Türken überreicht wurde. Der Vertragsentwurf kam den Wünschen der Türken so wenig entgegen, daß es von vornherein ausgeschlossen schien, daß die Türken ihn annehmen würden. Man rechnete daher mit einem negativen Resultat der Orientkonferenz.

Da plötzlich wurde — allem Anschein nach durch die Indiskretion eines Pariser Blattes — am Dienstag bekannt, daß die Franzosen unter Nichtachtung des mit den Alliierten beschlossenen Vertragsentwurfes, den Türken mitgeteilt hätten, daß Frankreich sich an diesen Entwurf nicht für gebunden halte, sondern daß die französische Regierung bereit wäre, mit den Türken nach Schluß der Konferenz von Lausanne in Sonderverhandlungen einzutreten. Dieser Vorschlag ist den Türken durch den Führer der französischen Delegation hinter dem Rücken der anderen Alliierten mitgeteilt worden.

Der Vorschlag bildet die geradlinige Fortsetzung der antienglischen Orientpolitik Frankreichs, die mit dem Geheimabkommen zwischen Franklin Drouillon und

der Angoraregierung begonnen hat. Frankreich will in diesem kritischen Augenblick seiner Gesamtlage Konzessionen an die Türken machen; es will auf Kosten Englands mit der Angoraregierung, deren militärische Kraft für jeden Feind gefährlich ist, ins Reine kommen und für sich den Frieden im Orient um jeden Preis und Regierung, deren militärische Kraft für jeden anderen Sorge bereitet, mit voller Kraft die Ruhraktion durchführen zu können. Die Regierung Poincaré fühlt sich im Hinblick auf ihre durch den Verfall der Vertrag garantierte militärische Vorherrschaft stark genug, England den schwersten Schimpf zuzufügen, indem sie der Regierung Bonar Law den Vertrag von Lausanne gerissen vor die Füße wirft.

Die Erregung in England ist ungeheuer. Man ahnt in London, daß die Stunde der Entscheidung naht. Schon besagen Nachrichten aus Konstantinopel, daß die Türken, von den Franzosen und Russen unterstützt, sich rüsten, um mit Gewalt zu nehmen, was ihnen der Lausanner Vertrag vorenthalten wollte. Die Stellung Englands im Orient ist aus schwerster Bedrohung. Abermals muß England seine Interessen und die Kraft seines politischen Drucks von den Ereignissen in Deutschland abwenden und sie auf die entlegenen Stellen konzentrieren, die der intrigante, aber scharfsinnige Politiker Poincaré bestimmt hat. Schon dadurch hat Poincaré den ersten Teil seines Programms durchgeführt. So ist der Horizont durch die Ereignisse in Lausanne wiederum verdütert. Klarer als je wird es, daß wir in unserer Abwehr ganz allein dastehen. Auch denjenigen Deutschen, die auf eine wenigstens moralische Unterstützung durch Rußland gehofft hatten, sind die Augen geöffnet; das neue antienglische Orientbündnis, das Poincaré jetzt eingeleitet hat, schließt auch Rußland ein.

### Um das Schicksal der Türkei.

#### Neuer englisch-französischer Gegensatz bei den Friedensverhandlungen.

Lausanne, 31. Jan. (Drahtber.) Die Friedenskonferenz hat heute eine Sitzung abgehalten, in der die Türken sich zu dem von England, Frankreich und Italien abgefaßten Friedensvertrag äußern sollten. Der englische Vertreter erklärte, daß er keine Lust habe, weiter zu „schandern“. Der Franzose beschwor die Türken zu Nachgiebigkeit. Er erklärte u. a.: Im Jahre 1914 habe die Türkei eine 400-jährige Tradition der Freundschaft mit Frankreich gebrochen, aber Frankreich wäre bereit, die Vergangenheit zu vergessen. Nach Worten der Anerkennung für den ruhmreichen General Ismed Pascha und für Kemal Pascha forderte er die Türken auf, Frankreich ebenso entschlossen entgegenzutreten, wie sie dem Siege entgegenmarschierten.

Der Türke Ismed Pascha erklärte: Der Vertrag enthalte wichtige und zahlreiche Klauseln, über die bisher überhaupt noch nicht verhandelt wurde, so die Beschränkung der Streitkräfte in der europäischen Türkei. Die türkische Abordnung erliche daher, daß ihr in einer letzten Sitzung nach acht Tagen Gelegenheit gegeben werde, auf den Inhalt der Friedensbedingungen zu antworten. Er hoffe, daß innerhalb dieser acht Tage die Mittel zur Sicherung des Friedens gefunden werden.

Darauf wurde die Sitzung unterbrochen. Ueber die Wiederaufnahme der Sitzung und das Ergebnis der alliierten Beratungen und die alliierte Antwort sagt das offizielle Communiqué. Lord Curzon legte die Gründe dar, die seine baldige Abreise erfordern und schlug Ismed Pascha vor, seine Antwort Samstag oder Sonntag bekannt zu geben. Ismed Pascha entgegnete, daß er sich bemühen werde, in diesem Sinne zu handeln.

\*

London, 31. Jan. Nach einer Neuentdeckung aus Lausanne beabsichtigen die französischen und italienischen Delegierten angeblich in Lausanne zu verbleiben, um die Verhandlungen mit den Türken fortzusetzen. In englischen Kreisen herrscht beträchtliche Erregung, da ein derartiges Vorgehen eine offenkundige Verletzung des erst vor wenigen Tagen erreichten gemeinsamen Einverständnisses darstellen würde.

### Zur Beachtung!

Infolge Besetzung des Ruhrgebietes fallen von heute die D-Züge 282 ab 2.30 Uhr nachts Karlsruhe und D 56 ab 3.48 Uhr nachts aus.

Infolgedessen kann die Beförderung des Karlsruher Tagblattes ins Oberland erst mit dem Frühzug ab 5.00 Uhr vorm. erfolgen. Die Abonnenten mögen die daraus entstehende Verzögerung entschuldigen.

### Der verschärfte Belagerungszustand.

**Belfenkirchen, 31. Jan.** Die von General Degoutte unterzeichnete Verordnung, durch die über das ganze widerrechtlich besetzte Ruhrgebiet der verschärfte Belagerungszustand verhängt wird, hat folgenden Wortlaut:

In Anbetracht der systematischen Hindernisse, die von Beamten der Tätigkeit der alliierten Inspektorenkommission in den Weg gelegt wurden, werden zur Verschärfung des Belagerungszustandes im ganzen Gebiet, in welchem französisch-belgische Truppen sich befinden, folgende Maßnahmen getroffen:

1. Jeder Sabotageakt wird strengstens bestraft werden. Die Truppen haben Befehl, mit Waffengewalt gegen jeden vorzugehen, der Eisenbahn-, Telephon- oder Telegraphenlinien sowie jede Einrichtung zur Verproviantierung oder Versorgung der Truppen zu sabotieren versucht.

2. Am Tage vollständige Bewegungsfreiheit; von 10 Uhr abends an bis 6 Uhr morgens der Straßenverkehr unterliegt. Befreiungen erteilt der Ortskommandeur. Jede Straßensperre oder Zusammenrottung ist verboten.

3. Ohne vorherige Erlaubnis keine Versammlung.

4. Preise. Verboten sind Artikel oder Bilder, die geeignet sind, die Würde der Besatzungstruppen zu verletzen, Unruhe stiften oder die Sicherheit der Truppen gefährden. Die Ortskommandanten sind befugt, Verkäufer und Käufer zu verhaften.

5. Waffen oder Munition jeder Art, die sich noch im Besitze der Bevölkerung befinden, sind innerhalb von zwei Tagen abzuliefern.

6. Strafmahnahmen. Zuwiderhandelnde werden von den Militärgerichten zur Verantwortung gezogen und können zu Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren zuzüglich Geldstrafen bis zu 10 Millionen Mark oder zu einer dieser Strafen verurteilt werden. Die Bestimmungen der französischen Strafgesetze können bei schwereren Vergehen angewendet werden, falls die dort vorgesehenen Strafen höher sind, als die in der vorliegenden Verordnung angeführten.

### Protest gegen den verschärfte Belagerungszustand.

**Bochum, 31. Jan.** Die Stadtverwaltung von Bochum hat unter Zustimmung sämtlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände an die Besatzungsbehörde einen Protest gegen die Verschärfung des verschärfte Belagerungszustandes gerichtet, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß derartige Maßnahmen im Ruhrgebiet vollkommen undurchführbar sind, wenn nicht etwa entgegen den bisherigen Erklärungen beabsichtigt ist, das ganze Wirtschaftsleben zum Erliegen zu bringen.

**Berlin, 31. Jan.** (Drahtber.) Nach einer Meldung des „Vorfahrtensprecher“ aus Essen werden bis gestern abend die in Kraft getretene Verordnung über die Verschärfung des verschärfte Belagerungszustandes nicht befolgt. Die gesamte Einwohnerzahl war bis nach 10 Uhr abends noch auf der Straße und strömte zum Bahnhofplatz. Dort wurden vor den Augen der französischen Waffen patriotische Lieder gesungen und in Ansprachen zu weiterem Durchhalten aufgefordert. Die Franzosen warten es nicht, gegen die Menge vorzugehen.

Das „Tagblatt“ meldet aus Oberhausen, daß dort die Polizeibeamten es abgelehnt haben, die ihnen auf Grund des verschärfte Belagerungszustandes von der Besatzungsbehörde zugedachten Aufgaben zu übernehmen. Sie wollen wieder die Namen der Personen feststellen, die sie nachts auf den Straßen treffen, noch die von den Deutschen abgegebenen Waffen der Besatzungsbehörde ausliefern, noch ein Verzeichnis der deutschen Polizeibeamten den Besatzungsbehörden übermitteln.

### Die Instruktionen für die Eisenbahner.

**Berlin, 31. Jan.** An die Reichsbahndirektoren des alten und des neuerrichteten Gebietes ist folgender Erlaß des Reichsverkehrsministers ergangen:

Für das Verhalten des Eisenbahnpersonals anlässlich der Ausrückung sind folgende Bestimmungen maßgebend: 1. Kohlen-, Koks- und Bricketransporte, sowie die Transporte von am alt- oder neuerrichteten Gebiet geschlagenen Holz nach Frankreich und Belgien sind weder im neu- noch im altbestehenden Gebiet zu befördern, auch nicht in der entfallenen Zone.

2. Französische oder belgische Truppen- und Nachschubzüge für das neuerrichtete Gebiet dürfen weder im alt- noch im neuerrichteten Gebiet gefahren werden. Ausnahmen: Es sind zu fahren: a) Transporte, auf die die Besatzungstruppen nach dem Rheinlandabkommen Anspruch haben; b) Verpflegungszüge auch für das neuerrichtete Gebiet, um Requisitionen zu vermeiden; c) Militärtransporte oder Art auf den in der entfallenen Besatzungszone gelegenen Strecken.

3. Zusammenarbeit mit belgischem und französischem, auf deutschen Strecken eingeleiteten, Eisenbahnpersonal wird unterbunden. Das bezieht sich auch auf das Verhalten des Personals der in deutschem Gebiet (von deutschen Eisenbahnern) betriebenen Strecken zu dem Personal der von den Franzosen und Belgiern militarisieren Strecken. Züge von solchen Strecken sind nicht zu übernehmen und dorthin nicht zu übergeben. Telephon- und Telegraphenverkehr mit solchen Strecken ist zu unterlassen. Einrichtung von Gemeinheitsbahnhöfen ist nicht statthaft. Als Zusammenarbeit gilt auch schon Austauschleistung oder Inanspruchnahme fremden Eisenbahner zu den Dienststellen zwecks Orientierung.

4. Wenn fremdes Personal Züge über Strecken zu befördern sucht, die von deutschem nationalem Personal besetzt sind, so sind diese Züge mit allen in ordnungsmäßigem Betrieb vorgezeichneten Mitteln zu umhüllen zu bringen. Eine Weiterbeförderung ist zu verhindern.

5. Im übrigen muß Grundbesitz bleiben, den Betrieb möglichst lange in deutscher Hand zu halten und für deutsche Zwecke nutzbar zu machen. Militarisierter Strecken sind zu beobachten und bei etwaiger Räumung sofort wieder in deutschen Betrieb zu nehmen.

### Keine Autoreparaturen für Franzosen.

**Berlin, 31. Jan.** Der „Vorwärts“ meldet aus Bochum, die Arbeiterchaft der Werkzeug- und Automobilfabrik Unna habe den Beschluß gefaßt, die Wiederherstellung reparaturbedürftiger französischer und belgischer Automobile abzulehnen. Daraufhin erteilten in Bochum ein Bataillon französischer Soldaten mit Maschinengewehren und Tanks. Die Hauptstraßen sind abgesperrt und an den einzelnen Straßenecken schubweise Maschinengewehre aufgestellt. Darauf bestanden ungefähr 30 französische Soldaten unter Führung eines Offiziers mit aufgesperrten Seitengewehren die Fabrik. Der Betriebsrat lehnte einmütig die Aufforderung, den von den Franzosen verlangten Arbeiten nachzukommen, unter Protest gegen die gewalttätige Betriebsführung ab. Die Franzosen suchen jetzt, bisher jedoch ohne Erfolg, selbst die Wagen fahrbereit zu machen.

### Schuljugend und Besetzung.

**Berlin, 31. Jan.** Aus dem preussischen Kultusministerium geht den Blättern eine Kundgebung zu, in der es heißt:

Die Nachrichten aus Rheinland und Westfalen über Störungen und Unterbrechungen des Schulunterrichts, infolge des französisch-belgischen Einmarsches, lassen alle bisher ergriffenen Besorgnisse weit hinter sich. Überall der lauten die Meldungen, daß Schulen völlig oder zum Teil beschlagnahmt, daß Hallen und Säle mit Mannschaften belegt und Schulplätze mit Kriegsgeschützen aller Art angefüllt sind. So schwer dadurch der Unterricht und das Fortkommen der Schüler schon an den höheren Lehranstalten betroffen wird, so unerträglich ist die Wirkung des Einmarsches, wo — und das ist an noch zahlreicheren Orten der Fall — die Volksschuljugend aus den Gebäuden hinausgewiesen worden ist, die ihr nicht nur Unterricht und Erziehung, sondern auch Obdach und Schutz gegen Kälte und Nässe und vielfach Nahrung durch Schulspesen bieten. Von den Sorgen der Lebensmittelpflichtung und Berufsarbeit schon über die Kraft beansprucht, sind die meisten Eltern außer Stande, auch noch die Erziehungsarbeit auf sich zu nehmen, die ihnen tagsüber die Auslieferung ihrer Kinder auferlegt, wenn der der Straße ausgelieferte Nachwuchs nicht verwaistlos soll. Diese Verhältnisse an der jüngsten Jugend sind vielleicht das traurigste Kapitel des französisch-belgischen Einmarsches in das von Wohnungs- und Nahrungsmittelnot seit langem so heimgesuchte Gebiet einer friedlichen und fleißigen Arbeiterbevölkerung.

### Ein Protest des Reichstages.

**Berlin, 31. Dez.** (Drahtber.) In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde durch Annahme eines Antrages aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, Einpruch erhoben gegen die Vereinstätigung der Schulbetriebe im Ruhrgebiet durch die Besatzungstruppen. Die Reichsregierung wird zu hartem Einpruch aufgefordert. Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) weist besonders auf die Städte Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen und Reck und hin, wo Hunderte von Schulbetrieben geschlossen und Tausende von Schülern ohne Unterricht sind. Auch die Krankenhäuser sind mit Besatzung belegt. In Duisburg werden für die Anwesenden der Besatzungstruppen 3 Liter Milch pro Kopf und Tag gefordert, während für unsere unterernährten Kinder höchstens 1/2 Liter Milch vorhanden sind. Der Redner fordert das Ausland auf, besonders die Mächte, hier helfend einzugreifen. Die weiteren Beratungen des Reichstages drehen sich um ein Gesetz, das die Verteilung der Aufwendungen für die Kleinerntner zwischen Staat und Gemeinde regeln soll.

### Französische Industrie und Politik.

**Paris, 31. Jan.** Man sagt, und nicht ohne guten Grund, daß der Antrieb zum Ueberfall auf das Ruhrgebiet von der französischen Eisenindustrie ausgegangen ist. Die französische Eisenindustrie ist zum großen Teil abhängig von der Lieferung von deutschem Schmelzlofen für ihre Hochöfen. Die Abhängigkeit tritt sehr deutlich in Erscheinung; nach Einstellung der deutschen Kokslieferungen für Frankreich haben bereits eine Anzahl französischer Hochöfen ihr Feuer ausblasen müssen. Die französische Eisenindustrie hofft durch den Ueberfall auf das deutsche Ruhrgebiet die Herrschaft über die deutschen Lieferungen zu bekommen. Ihr Einfluß auf die Pariser Regierung schiebt die französische Politik auf den gewünschten Weg. In einer Veröffentlichung in dem Pariser Blatt „Industriezeitung“ leugnen die Industriellen jede Beeinflussung der Politik. Die Abhängigkeit vom deutschen Koks wird aber zugegeben. Es heißt in der Veröffentlichung u. a.: Die Operation im Ruhrgebiet besitze eine Bedeutung, die weit über die Interessen der französischen Metallindustrie hinausgeht. Sie sei die Grundlage der endgültigen Regelung der Reparationsfrage und werde in letzter Linie dafür entscheidend sein, ob Frankreich im Interesse Deutschlands ruiniert werde und wer der Sieger im Kriege gewesen sei. Der Artikel stellt fest, daß infolge ihres Bedarfs an Schmelzlofen die französische Industrie heute die einzige sei, die bis zur Stunde noch nicht ihre volle Unabhängigkeit hinsichtlich ihrer Versorgung mit Rohstoffen wiedergewonnen habe.

### „Der deutsche Arbeiter kann —“

Der ehemalige französische Kommunist Gustave Hervé, der sich im Kriege zum Vorkämpfer des blutigen Nationalismus gemauert und deshalb kein Wort „La Guerre Sociale“ (Der Klassenkampf) in „La Vieoire“ (Der Sieg) umgesehen hat, schreibt in seiner letzten Montagsnummer zur Lage an der Ruhr unter der Ueberschrift: „Und noch?“

Man will uns den Streik der Eisenbahner an der Ruhr zwischen die Beine werfen, die so engen Linien des Industrielebens blockieren? Und noch? Entweder werden wir sie mit unseren Selbstverleumdungen entblockieren, oder wenn uns das nicht gelingt, bekommt die Arbeiterbevölkerung an der Ruhr keine Lebensmittel mehr und kann vor Hunger verrecken (cervera de laim). Sie wird Revolution machen? Ach woher! Man macht keine Revolution unter der Herrschaft militärischer Besatzung. Die Arbeiter, durch den Streik ihrer Eisenbahner ausgegrenzt, werden ihnen höchstens die Presse einschlagen (leur casseront la figure), um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, wenn sie sie nicht häufig aus eigener Entschliezung wieder aufnehmen.

### Die Methoden der westlichen Kulturenationen.

Die Verhaftung zweier Beamten durch Belgier in Maastricht spielte sich in folgender Weise ab: Zunächst wurde eine Kaffeerevision vorgenommen, dann mußten sich die Verhafteten auf dem Platz auszusetzen, wo die Kleider auf einem Tisch liegen blieben; sie wurden dann ohne jede Abwehr in die Zelle gesperrt, die über verschloß und verlaßt war, weder Tages- noch künstliches Licht besaß, kein Wassergeschirr, keinen Stuhl, kein Bett enthielt, sondern nur ein zusammengeklapptes Gestell mit einer schmutzigen Decke. Sie durften nicht sprechen, nicht lesen und nicht rauchen. Das Geschick war so schmutzig, daß an ein Essen nicht zu denken war.

Auf dem Telegraphenamt in Düsseldorf erschienen dieser Tage französische Soldaten mit aufgesperrtem Bajonett und schloßen das Gebäude vollkommen ab. Das weibliche Personal wurde von den Offizieren mit der Keilspitze aus dem Saal getrieben.

### Der Lausanner Friedensvertragsentwurf.

**Lausanne, 31. Jan.** Franzosen, Engländer und Italiener haben sich endlich auf einen gemeinsamen Friedensvertragsentwurf geeinigt und ihn den Türken vorgelegt. Aus dem sehr umfangreichen Dokument sind folgende Stellen auch für das deutsche Publikum von Interesse:

**Grenzbestimmungen:** Mit Bulgarien wird die neue Grenze der Türkei diejenige des Vertrages von Neuilly sein, vorbehaltlich der Errichtung einer entmilitarisierten Zone.

Mit Griechenland wird die Grenze der Türkei dem Laufe der Mariza folgen, so wie sie der Waffenstillstandsvertrag von Andania festgelegt hatte.

Der Londoner Beschluß vom 13. Februar 1919, der die Oberhoheit über die Inseln des östlichen Mittelmeeres (Zemros, Samothrace, Mytilene, Ghios, Samos und Naxos) an Griechenland abgeben hat, wird bestätigt, vorbehaltlich der Bestimmungen über die Inseln des Dodekanes, die unter Oberhoheit Italiens gestellt werden. Die Inseln Amros und Tenedos am Eingang der Meerengen werden der türkischen Oberhoheit unterstellt, aber eine autonome lokale Verwaltung haben.

Ferner verzichtet die Türkei auf alle Rechte auf Ägypten und den Sudan; sie anerkennt den ägyptischen Staat und die Annetion Zyperns durch England, sowie das französische Protektorat über Marokko und Tunis. Ferner werden die dem Sultan nach dem Lausanner Friedensvertrag von 1912 noch zugehörigen Rechte auf Tripolitanien abgeschafft. Die Türkei anerkennt ferner die mit ihren ehemaligen Verbündeten abgeschlossenen Friedensverträge und wird die jetzigen Grenzen Deutschlands, Österreichs, Bulgariens, Griechenlands, Polens, Ungarns, Rumaniens, Jugoslawiens und der Tscheko-Slowakei anerkennen.

Das Kalifat verzichtet seinerseits auf jede politische, gesetzgeberische oder Verwaltungshandlung betreffend die Staatsangehörigen eines Gebietes, das unter der Oberhoheit oder dem Protektorat der übrigen Signatarmächte steht, oder von der Türkei auf Grund des gegenwärtigen Vertrages losgetrennt worden ist.

**Das Meerengenregiment:** Das Statut über die Meerengen sichert den Neutralen in Kriegszeiten freie Schifffahrt zu. Keine Macht darf in das Schwarze Meer eine Flotte einfahren lassen, die größer ist als die stärkste Flotte eines der Uferstaaten. Die beiden Ufer der Dardanellen und des Bosporus werden in 15 Kilometer Breite entmilitarisiert. Nützliche Bestimmungen betreffen auch für die Inseln des Marmarameeres, sowie für Samothrace, Zemros, Amros und Tenedos, mit Ausnahme der Garnison von Konstantinopel, die 12000 Mann beträgt.

Unter der Aufsicht des Völkerbundes wird eine Kommission aus Vertretern Frankreichs, Englands, Italiens, Japans, sowie der Türkei, Bulgariens, Griechenlands, Rumaniens, Jugoslawiens und Ansklands die Beobachtung der Regeln für die Durchsicht durch die Meerengen überwachen.

**Finanzielle Bestimmungen:** Die Türkei zahlt an Reparationen usw. an die Verbündeten eine Gesamtsumme von 15 Millionen türkischen Goldpfund. Die Zahlung erfolgt in 37 Jahreszahlungen von je 900000 türkischen Goldpfund, berechnet auf der Grundlage eines Zinsfußes von 5 v. H. und einer Amortisation von 1 v. H. Der erste Zahltag ist der 1. März 1924. Zeitlich bestimmt der Entwurf, daß die Griechen und die Türken gegenseitig auf ihre Kriegenschuldenansforderungen verzichten.

### Deutsches Reich

#### Der ungeheure Preis für Zeitungspapier.

**Berlin, 31. Jan.** Von befehliger Seite wird dem B.L.B. mitgeteilt: Nach erregten Verhandlungen hat das Reichswirtschaftsministerium seinen den Februarpreis für Zeitungspapier auf 1170 Mark je Tonne festgesetzt

(Friedenspreis 20 Tg.). Die Vertreter der Zeitungverleger haben gegen diesen ungeheuerlichen Preis schärfsten Einpruch erhoben und unter Vorlage unbestreitbarer Preisfeststellungen nachgewiesen, daß die früheren Holzpreise nicht in der den Tatsachen entsprechenden Weise in Rechnung gestellt wurden. Die Grundzüge, die das Reichswirtschaftsministerium der Preisberechnung zugrunde legte, sind scharf kritisiert worden, da sie nach der Auffassung der Verleger volkswirtschaftlich unhaltbar sind. Wenn der Februarpreis für das Zeitungspapier in dieser für die Gesamtheit der deutschen Presse unerträglichen Höhe festgesetzt wurde, so ist das vor allem zurückzuführen auf die, mißdeutend, höchst eigenartige Preisbildungsmethode und die distastvolle Rücksichtslosigkeit der Zellstoffindustrie.

#### Der süddeutsche Senat beim Staatsgerichtshof.

**Berlin, 31. Jan.** Nach einer Mitteilung des Reichsjustizministers Dr. Heineke im Hauptausgang des Reichstages sind in den süddeutschen Senat beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik berufen: für Bayern: als Mitglieder Dr. van Calker, Universitätsprofessor in München, Oberlandesgerichtspräsident in Nürnberg und Wächter, Oberbürgermeister in Bamberg. Als stellvertretende Mitglieder Dr. Alfeld, Universitätsprofessor in Erlangen, Justizrat Dr. Michel, Ludwigshafen am Rhein und Cajetan Freund, Schriftleiter in München; für Württemberg: als Mitglied Blos, Staatspräsident a. D., Stuttgart, als stellvertretendes Mitglied Jeger, Regierungspräsident in Ulmungen; für Baden: als Mitglied Lehmann, Reichsanwalt a. D. in Freiburg i. B., als stellvertretendes Mitglied Jren, Rechtsanwalt und Stadtrat in Karlsruhe; für Hessen als Mitglied Adeling, Bürgermeister in Mainz, als stellvertretendes Mitglied Justizrat Dr. Reh, Rechtsanwalt und Notar in Alsfeld. Der Vorsitzende, die Reichsgerichtsräte und deren Stellvertreter sind dieselben wie beim norddeutschen Senat.

#### Zur Frage der Ueberfreudung des Hausbesitzes.

Man schreibt uns: In einer Zuschrift an die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wird mitgeteilt, daß in den letzten 5 Monaten in Berlin 8500 Häuser vom Ausland angekauft worden sind. Was bedeutet dieser Besitzwechsel für die deutsche Volkswirtschaft? Bei Annahme eines durchschnittlichen Indexwertes jedes Hauses von 300 000 Goldmark und eines Verkaufspreises von 3 Millionen Papiermark, sowie eines Wertes von einer Goldmark = 1000 Papiermark ergibt sich folgende Rechnung:

Bett 8500 300 000 Goldmark = 2 550 000 000  
Erlös 8500 3 000 Goldmark = 25 500 000  
Verlust an Volkvermögen Goldmark 2 524 500 000

Der Erlös beträgt also nur 1 Prozent des Wertes. Wie groß wird hiernach die Verheerung des Volkvermögens sein, wenn es richtig ist, daß sich bereits 12 Prozent sämtlicher Mietshäuser Deutschlands im Besitze von Ausländern befinden. Man wird die Schuld an dem Ausverkauf nicht auf die Hausbesitzer schieben können. Es mag vielleicht manden geben, den die Menge des Papiergeldes reizt, jeder vernünftige Mensch aber gibt nur gezwungen seinen wertvollen Besitz für entwertetes Papier weg. Es wird also nur die Not sein, die den Hausbesitzer zwingt, sich von seinem Eigentum zu trennen. Zu der Not mögen noch Ungerechtigkeiten und Bedrückungen von oben und Geschäftlichkeiten von verheißenen Mietern kommen, die dem Hausbesitzer seinen Besitz verheißeln. Man wird mindestens das Verlangen nicht ungerecht finden, daß dem Hausbesitzer neben einer geringen Verzinsung seines Kapitals die Mittel zugefunden werden, die er zur Durchführung der notwendigen Reparaturen benötigt.

### Badischer Landtag

Nach dem auf der ersten Seite gechilderten Zwischenfall in der geitigen Landtagsitzung wurden die Beratungen nach der vorgeschriebenen Tagesordnung aufgenommen. Zunächst teilte der Präsident mit, daß Abg. Spengler (Ztr.) sein Mandat niedergelegt habe.

Ohne Ansprache wurde verabschiedet die Aenderung des Kostengesetzes (Anpassung an die Geldentwertung), das Polizeigesetz, das Polizeiverordnungsgesetz und der Gesetzentwurf über Versicherung der Industriebehände.

Es folgt die Berichterstattung des Abg. Käger (Ztr.) über den Zentrumsantrag betr.

**Die Abfindungsbrunnereien.** In dem Antrag wird die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß, soweit nicht ganz schwere Verhältnisse vorliegen, in den letzten Jahren badischen Abfindungsbrunnereien entzogene Brennrechte nach Zustufung wieder zurückgegeben werden, daß für Zahlung des Ausschlags eine allgemeine dreimonatliche Stundung gewährt und daß die Beschränkung der Brennzeit beseitigt wird. Weiterhin wird die Regierung ersucht, für die Erhaltung der den süddeutschen Abfindungsbrunnereien nach dem Monopolschluß verbleibenden Rechte sich nach Kräften einzusetzen.

In der Ansprache wandte sich Abg. Kaufmann (Ztr.) gegen den Antrag. Auch Abg. Bod (Ztr.) lehnte den Antrag ab und polemisierte in besonderer gegen das Zentrum — Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) wies viele Vorwürfe zurück und erklärte, auch das Zentrum bekämpfe den Alkoholmißbrauch und ebenso den Mißbrauch beim Schnapsbrennen. Der Zentrumsantrag unterläge aber den Mißbrauch nicht. — Abg. Albin (Ztr.) bekämpfte die Zulieferstellung. — Abg. Kähler (Landbund) trat für die Wünsche der Kleinbrenner ein.

Bei der Abstimmung wurde der erste Teil des Antrags, der von der Zurückgabe des Brennrechts handelt, mit Mehrheit (gegen Soz. und Komm.) der folgende über die Stundung ebenfalls mit Mehrheit (gegen Dem., D. Volkspart., Soz. und Komm.) und der dritte Teil über die Brennzeit gleichfalls mit Mehrheit angenommen. Mit Ausnahme der Kommunisten stimmten alle

# Sitzung des Karlsruher Bürgerausschusses.

### Kreditserhöhungen. — Grundstückswechsel. — Eine leibige Schenkung. — Aufwandserschädigung für Stadträte. — 49 Prozent Wohnungsabgabe der Gemeinde.

Der Bürgerausschuß hielt gestern in Anwesenheit von 88 Mitgliedern eine Sitzung ab. Oberbürgermeister Finter leitete die Verhandlungen.

Der auf 200 Millionen Mark erhöhte Kredit für die Erschließung des Geländes bei der Maschinenbaugesellschaft wird ohne Debatte bewilligt. Desgleichen der Verkauf von Gelände bei der Maschinenbaugesellschaft an die Firma Heim & Gerstner im Umfang von 3000 Quadratmeter um 600 000 Mark.

Erhöhung der Gebühren für die Tätigkeit der Ortsbaukontrolle.

Stadtv. Frommberg (W.Vgg.) bezeichnet die hohen Gebühren für die Ortsbaukontrolle als hindernd für das Baugewerbe. Stadtrat Lacroix (D.) wendet sich gegen den Vorredner. Es läßt schließlich dahin, daß die Klagschlichter allein die Kosten zu tragen hätten.

Bürgermeister Schneider glaubt nicht, daß, wie Stadtv. Frommberg meint, die Ortsbaukontrolle vor dem Kriege nur von zwei Beamten ausgeübt wurde.

Unterbringung des kgl. Fuhrparks in der ehemaligen Dragonerkaserne.

Der für die Verlegung vorgesehene Kredit von 2 Millionen Mark soll auf 4 Millionen Mark erhöht werden.

Stadtv. Koch (S.) kritisiert die schlechte Unterbringung der Feuerwache. Man sollte sie auch dahin legen, wo der Fuhrpark untergebracht werden soll.

Stadtv. Cramer (D.N.) stimmt der Vorlage zu.

Nach Bemerkungen des Bürgermeisters Schneider wird die Vorlage angenommen.

Verkauf des Hauses Nowackanlage 2.

Die Vorlage des Stadtrats, die schon einmal den Gegenstand der Verhandlungen bildete, sagt u. a.: Die Stadt verkauft das Grundstück Nr. 2934: 5 Ar 54 Quadratmeter mit Gebäude, Nowackanlage 2, an Kaufmann Julius Haas Bw. Verla geb. Vär in Karlsruhe zum Preise von 800 000 Mark. Von dem Erlös darf zum Zwecke der Befreiung der Stadt von der mit den Eheleuten von Hofmann in Gernsbach abgeschlossenen Rentenverträge der Betrag von 555 000 Mark verwendet werden. Die Stadt kauft die nachstehend verzeichneten Grundstücke zu den beigefügten Preisen und zwar: a. von Sandelsmann Woyes Vär Eheleuten in Karlsruhe-Mühlburg; Lsg.Nr. 7919: 815 Quadratmeter Ader, Ränge Allmendstücke; Lsg.Nr. 7920: 800 Quadratmeter Ader, Ränge Allmendstücke; Lsg.Nr. 8528: 1980 Quadratmeter Ader, Grundstücke; Lsg.Nr. 15 039: 888 Quadratmeter Ader, Sargacker; Lsg.Nr. 17 813: 763 Quadratmeter Ader, Frühlach; Lsg.Nr. 19 018: 1067 Quadratmeter Ader, Rordheide; Lsg.Nr. 19 099: 1355 Quadratmeter Ader, Burgfahlsacker; zusammen 7648 Quadratmeter für 140 312 Mark, das sind rund 18 Mark für den Quadratmeter; b. von Verla Haas geb. Vär in Karlsruhe; Lsg.Nr. 8016: 975 Quadratmeter Ader am Mühlburger Weg; Lsg.Nr. 8743: 1340 Quadratmeter Ader in den Weingärten; zusammen 2315 Quadratmeter für 45 688 Mark, das sind rund 20 Mark für den Quadratmeter; c. von Bankier Emil Vär in Karlsruhe; Lsg.Nr. 7183: 1344 Quadratmeter im Gewann Schneißgäß für 14 000 Mark, das sind rund 10 Mark für den Quadratmeter.

Bürgermeister Schneider betont, daß die von Herrn Vär angebotenen Grundstücke einen Wert von etwa 10 Millionen haben. Im Fall der Ablehnung der Vorlage habe der Stadtrat einen Eventualantrag vorgelegen, mit dem erreicht werden soll, die Stadt von der Belastung mit dem Rentenvertrag zu befreien. In diesem Fall müßten die Mittel aus Anlehen bestritten werden.

Namens des Stadtverordnetenverbandes berichtet Stadtv. Steinwars (W.Vgg.) über die Verhandlungen mit Herrn Vär. Der Verkauf sei für die Stadt zu ungünstig, daß man die Vorlage glatt ablehnen sollte. Mit dem Eventualantrag könne man sich befriedigen.

Stadtv. Frommberg (W.Vgg.) hat ebenfalls Bedenken gegen den Verkauf, da der Kaufwert zu gering sei.

Stadtv. Breithaupt (D.N.) lehnt die Vorlage gleichfalls ab.

Bürgermeister Schneider wirft ein, daß der Wert der Grundstücke höher sei, als jener des Hauses.

Stadtv. Weinger (D.Vp.) findet den Kaufpreis ebenfalls zu niedrig.

Stadtv. Weipert (Str.) erklärt, seine Parteifreunde seien geteilter Meinung. Bei einem Rechtsstreit sei es fraglich, ob man eine Schenkung anerkennen werde. Die Stadt solle das Haus behalten und gut verkaufen.

Stadtv. Dumas (D.N.) bezweifelt die Annahme von Bürgermeister Schneider, daß die der Stadt zu überlassenden Grundstücke so hoch zu bewerten sind.

Stadtv. Hof (Soz.) erklärt, daß er mit manchem anderen heute ebenfalls gegen die Vorlage sei.

Um aber zu einem Ergebnis zu kommen, sollte man den Eventualantrag annehmen, damit die Stadt freie Hand bekomme. Der Redner fragt mit Bezug auf eine Wendung in der Vorlage, wer eigentlich die Liebhaber seien, die für das Haus erheblich mehr geboten haben.

Bürgermeister Schneider verteidigt nochmals die Stadträtliche Vorlage.

Stadtrat Bauer (Rom.) erklärt sich namens seiner Partei gegen die Vorlage.

Stadtrat Töpfer (S.) ist für die Vorlage. Die Vorlage wird angenommen.

Verkauf des kgl. Annelens Rippurrerstraße 104.

Die Stadt verkauft das Anwesen an die Speiditeur Hermann Berner Eheleute hier zum Preise von 415 000 Mark. Sie erwirbt gleichzeitig von Speiditeur Hermann Berner Eheleuten die Grundstücke Lsg.Nr. 5522 und 5523 der Gemarkung Eitingen und die Grundstücke Lsg.Nr. 1071a, 1072a, 1073a, 1074a, 1075a, 1076a, 1077a der Gemarkung Amlingen zum Preise von 150 000 Mark.

Nach Bemerkungen der Stadtv. Steinwars (W.Vgg.), Hof (S.), Bürgermeister Schneider, Stadtv. Wild (Str.), Stadtrat Töpfer (S.) wird die Vorlage angenommen.

Weiter werden genehmigt: Verkauf von Straßengelände an der Koperntstraße, Abtretung des Teilsgrundstücks Lsg.Nr. 11940/11 der Gemarkung Karlsruhe, Verkauf von Baugelände an der Riefstahlstraße und an der Süd. Bildpromenade, Ueberlassung von Baugelände an die Wohnungsbau für Handel und Industrie G. m. b. H.

Auch der Erlaß der Straßensloßen für die Hollunderstraße findet Billigung.

Die Dienstaufwandserschädigung der Stadträte soll nach der Vorlage des Stadtrats auf monatlich 8000 Mark festgesetzt werden. Sie erhöht oder ermäßigt sich in dem Verhältnis, in dem infolge von Änderungen der Gehaltsätze des Reichs vom 31. Dezember 1922 ab die Gehälter der Beamten sich erhöhen oder ermäßigen.

Stadtv. Dömann Rothweiler (S.) findet die Entschädigung angemessen. Bedenken bestehen gegen die automatische Erhöhung der Entschädigungen, weil das Budgetrecht des Bürgerausschusses davon berührt wurde. Schließlich habe man doch der Vorlage zugestimmt.

Nach Bemerkungen der Stadtv. Breithaupt (D.N.), Frommberg (W.Vgg.), Dömann (Wp.), der kritisiert, daß der Stadtrat für sich selbst soz., weiß Oberbürgermeister Dr. Finter nach, daß die Entschädigung an Stadträte nach der Gemeindeordnung geholt werden müßte.

Stadtv. Koch (Soz.) gebraucht gegenüber einem Vorredner den Ausdruck „demagogische Wänschen“, was Stadtv. Bauer (Wp.) energisch zurückweist. In einer Zeit, in der gepörrt werden müsse, meint letzterer, sollte man auch die Zahl der Stadtverordneten verringern. Stadtv. Finter (S.) ist für die Vorlage. Stadtv. Fester (D.) erklärt, daß ein Teil seiner politischen Freunde für, ein Teil gegen die Vorlage und zwar wegen der Anwendung der gleichen Scala auch auf Ehrenämter.

Die Vorlage wird angenommen.

Wohnungsabgabe 1922 und Erhöhung der Wohnungsabgabe um 30 Prozent.

Bürgermeister Schneider legt die Erläuterung der Vorlage, daß das Programm 135 Wohnungen, mit den Einbauten 582 Wohnungen vorliehe. Die Kosten ließen vom April 22 von 100 Mill. im Dezember auf 900 Mill. Zu der Wohnungsabgabe von 1900 müsse ein gemeindlicher Zuschlag von 30 Proz. treten, u. zwar fällig mit je 10 Prozent des Steuerwerts ab 1. Februar, 1. März und 1. April. Man könne die angefangenen Bauten nicht stehen lassen. Es seien zwei Abänderungsanträge, von der Deutschen Volkspartei, eingegangen. Es scheine bei diesen Parteien eine Scheu zu bestehen, für 1923 etwas zu beschließen. Pläne müßten jedoch vorbereitet werden. Er schenke sich, eine Wohnungsabgabe vorzuschlagen, die die Bauprodukte für 1923 ermöglicht.

Dömann des Stadtv. Vorstandes Rothweiler (Soz.) bemerkt, daß die Wohnungsabgabe unliebsam empfunden werde. Doch sei die Erkenntnis schon in weiten Kreisen zu finden. Der Redner wendet sich gegen den Widerspruch und fordert schließlich, sozialen Ausgleich der Wohnungsabgabe, ihre beweglichere Gestaltung, Ausbau der Luxusbücher.

Stadtv. Frommberg (W.Vgg.) betont, daß die Herstellung von Wohnungen durch Private ganz erhebliche Vorteile habe und die öffentlichen Mittel nicht so in Anspruch nimmt. Die Kosten der Verwaltung der Wohnungsabgabe verschlingen zuviel.

Stadtv. Dumas (D.N.) erklärt, seine Partei mache eine weitere kommunale Baupolitik nicht mit. Die Wohnungsabgabe, die auch mit 50 bis 60 Prozent nicht genügen werde, sei eine Schande ohne Ende. Die ganze Zwangswirtschaft in der Baupolitik habe Bankrott gemacht.

Stadtv. Deines (D.Vp.) befürwortet den Abban der Zwangswirtschaft. Die angefangenen Bauten müssen zu Ende geführt werden. Bei Heranziehung des Privatkapitals werde man „vielleicht“ der Baumot Herr werden. Er persönlich beantrage eine Erhöhung der Wohnungsabgabe von 30 Prozent auf 60 Proz. Vor dem Wohnungsbau 1923 habe er höllische Angst. Die Erledigung der Befehle um Befreiung von der Wohnungsabgabe, drohe die gesamte Abgabe zu verschlingen. Der Redner stimmt der Vorlage zu.

Stadtv. Kruse (S.) gibt die Erklärung ab, seine Partei sei nicht gewillt, die Anträge anzunehmen. Der Redner empfiehlt die Rationierung im Wohnungsbau.

Stadtv. Weipert (S.) gibt Namens seiner Fraktion die Erklärung ab, sie werde für 1923 noch Stellung nehmen. Grundsätzlich seien sie keine Freunde der Zwangswirtschaft, aber in absehbarer Zeit könne man nicht ohne sie auskommen. Es würde das größte Übel entstehen. Der Redner stimmt der Vorlage zu, nachdem er geäußert, daß Personen, die mit Wohnungsbau gebaut haben, diese Häuser mit Wucherpreisen verkaufen wollen.

Stadtv. Siegel (Neutr. Vereinigung) tritt dafür ein, daß man den Kriegsbeschädigten das Bauen eines eigenen Heims möglichst erleichtere.

Stadtv. Braun (D.) geht in längeren Ausführungen auf die private und öffentliche Bauwirtschaft ein und bemerkt, man könne die Zuschüsse nicht auf die privaten Bauten beschränken. Die Zweizimmerwohnung könne nicht das Endgültige sein. Der spekulative Wohnungsbau habe nicht genügt, das Wohnbedürfnis zu befriedigen. Der Redner tritt für die Vorlage ein.

Stadtv. Knobloch (Komm.) verlangt Wohnungsrationierung, Beschlagnahme der Materialien und Kontrolle der Produktion.

Bürgermeister Schneider behauptet in einem Schlußwort, die freie Wirtschaft würde der Förderung des Wohnungsbau nicht entgegen kommen. Der Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln sei nicht nur bei uns eine Notwendigkeit. Gewiß könne der Zusammenbruch kommen, aber nur dann, wenn wir nicht die größeren Mittel aufbringen, die wir brauchen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Deines, die Wohnungsabgabe von 30 auf 60 Prozent zu erhöhen, abgelehnt, ebenso die zwei Abänderungsanträge. Darauf wird die stadträtliche Vorlage angenommen. Gegen 9 Uhr ist die Sitzung zu Ende.

nen Bauten müssen zu Ende geführt werden. Bei Heranziehung des Privatkapitals werde man „vielleicht“ der Baumot Herr werden. Er persönlich beantrage eine Erhöhung der Wohnungsabgabe von 30 Prozent auf 60 Proz. Vor dem Wohnungsbau 1923 habe er höllische Angst. Die Erledigung der Befehle um Befreiung von der Wohnungsabgabe, drohe die gesamte Abgabe zu verschlingen. Der Redner stimmt der Vorlage zu.

Stadtv. Kruse (S.) gibt die Erklärung ab, seine Partei sei nicht gewillt, die Anträge anzunehmen. Der Redner empfiehlt die Rationierung im Wohnungsbau.

Stadtv. Weipert (S.) gibt Namens seiner Fraktion die Erklärung ab, sie werde für 1923 noch Stellung nehmen. Grundsätzlich seien sie keine Freunde der Zwangswirtschaft, aber in absehbarer Zeit könne man nicht ohne sie auskommen. Es würde das größte Übel entstehen. Der Redner stimmt der Vorlage zu, nachdem er geäußert, daß Personen, die mit Wohnungsbau gebaut haben, diese Häuser mit Wucherpreisen verkaufen wollen.

Stadtv. Siegel (Neutr. Vereinigung) tritt dafür ein, daß man den Kriegsbeschädigten das Bauen eines eigenen Heims möglichst erleichtere.

Stadtv. Braun (D.) geht in längeren Ausführungen auf die private und öffentliche Bauwirtschaft ein und bemerkt, man könne die Zuschüsse nicht auf die privaten Bauten beschränken. Die Zweizimmerwohnung könne nicht das Endgültige sein. Der spekulative Wohnungsbau habe nicht genügt, das Wohnbedürfnis zu befriedigen. Der Redner tritt für die Vorlage ein.

Stadtv. Knobloch (Komm.) verlangt Wohnungsrationierung, Beschlagnahme der Materialien und Kontrolle der Produktion.

Bürgermeister Schneider behauptet in einem Schlußwort, die freie Wirtschaft würde der Förderung des Wohnungsbau nicht entgegen kommen. Der Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln sei nicht nur bei uns eine Notwendigkeit. Gewiß könne der Zusammenbruch kommen, aber nur dann, wenn wir nicht die größeren Mittel aufbringen, die wir brauchen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Deines, die Wohnungsabgabe von 30 auf 60 Prozent zu erhöhen, abgelehnt, ebenso die zwei Abänderungsanträge. Darauf wird die stadträtliche Vorlage angenommen.

Gegen 9 Uhr ist die Sitzung zu Ende.

## Berschiedene Drahtmeldungen.

### Geplante Maßnahmen zur Sanierung der Mark.

6. Berlin, 31. Jan. (Eig. Drahtber.) Man kann es als gewiß betrachten, daß die Reichsregierung dem Abwärtsgehen der deutschen Mark nicht unartig zuseht, sondern auf Mittel und Wege sucht, um dem Markfall entgegenzutreten. Ein Eingreifen gilt deshalb nicht als ausgeschlossen, weil das Emporwachen des Dollars zu einem erheblichen Verlust auf das Konto der reinen Spekulation zu sehen ist. Die Maßnahmen der Regierung sind noch nicht ganz spruchreif. Gegenwärtig finden noch Beratungen mit den finanz- und wirtschaftspolitischen Sachverständigen statt.

### Kein amerikanischer Kredit für Deutschland.

Washington, 31. Jan. Minister Mellon richtete an den Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats ein Schreiben, worin er Einspruch gegen den Antrag erhebt, der einen Kredit von einer Milliarde Dollars gewähren soll, um es Deutschland zu ermöglichen, in den Vereinigten Staaten Lebensmittel zu kaufen. Mellon erklärte, die Politik der amerikanischen Regierung gebe dahin, daß auswärtige Vergierungen, die finanziellen Beistand in den Vereinigten Staaten zu erlangen wünschten, sich an das kapitalanlegende Publikum und nicht an die Regierungen wenden sollten.

## Vom Wetter

### Mittwoch, den 31. Januar 1923.

Mitteleuropa sieht unter der dauernden Herrschaft ziemlich milder, ozeanischer Luftströmungen und vorüberziehender Tiefdruckausläufer, so daß das trübe, regnerische Wetter anhält. Die Temperaturen liegen in ganz Baden erheblich über dem Gefrierpunkt, nur die höchsten Lagen des Schwarzwaldes haben noch leichten Frost. — Da neue Luftdruckstörungen vom Ocean vordringen, ist vorläufig keine Änderung der trüben, milden, regnerischen Witterung zu erwarten.

### Weiterausichten für Donnerstag, 1. Februar:

Fortdauer der meist trüben, ziemlich milden Witterung, Niederschläge (meist Regen), starke westliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

31. Januar	30. Januar
Schutterinsel . . . 1.10 m	0.95 m
Rehl . . . . . 2.23 m	2.05 m
Waxau . . . . . 3.01 m	2.80 m
" . . . . . — m	mittags 12 Uhr 3.70 m
" . . . . . — m	abends 6 Uhr 3.78 m
Mannheim . . . 3.20 m	2.78 m

# Dixin

das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:  
HENKEL & CIE., DUSSELDORF





